

Linke kommunale Migrationspolitik: Integrations- statt Ordnungspolitik!

Als während des Jugoslawienkriegs die erste größere Geflüchtetenbewegung nach Luxemburg kam, reagierte die damalige Regierung überfordert. Schon damals konnte sie sich nicht entscheiden, wem sie helfen und wen sie vor die Tür setzen wollte. Teilweise wurden die Menschen sogar auf Campingplätzen untergebracht.

Etwa zwanzig Jahre später leben nur noch wenige Geflüchtete auf Campingplätzen, sondern vorwiegend in umgebauten Gebäuden, teilweise in Massenunterkünften, teilweise in alten Cafés, Hotels und Herbergen, teilweise in den wenigen neu erbauten Betreuungsstrukturen und allzu selten in Wohnungen inmitten unserer Gesellschaft. Um diese neuen Infrastrukturen herum wurden Sozialstrukturen, bestehend aus SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, Sicherheitspersonal und anderen Professionellen aufgebaut. Freiwillige aus der Zivilgesellschaft, der lokalen Kulturszene und viele Privatpersonen komplettieren und gleichen ein System aus, das vorwiegend auf der Verwaltung von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern besteht.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: politisch gewollte Marginalisierung für Unwillkommene, Stauung von Menschen mit Aufenthaltstiteln aufgrund des überhitzten Wohnungsmarktes, räumliche Isolierung wegen der Untätigkeit der Gemeinden.

Willkommensinitiativen können viel bewegen und müssen gestärkt werden. Ihnen kann aber nicht die Last und Aufgabe einer verfehlten gesellschaftlichen Integrationspolitik aufgebürdet werden. Stattdessen müssen die Gemeinden finanziell, personell und mit einem klaren Auftrag ausgestattet werden: in den Gemeinden müssen die Rahmenbedingungen für eine menschenzentrierte Integrationspolitik geschaffen werden.

Deshalb fordern déi Lénk in Bezug auf die Gemeinden:

- die Ausarbeitung eines nationalen **Verteilungsschlüssels** für Geflüchtete pro Gemeinde;
- die finanzielle und personelle Ausstattung der Kommunen, um adäquate menschenwürdige **Wohn- und Betreuungsinfrastrukturen** bereit zu stellen;
- **Mehrsprachige** Informationsmaterialien für alle NeubürgerInnen;
- **Fortbildungen** für kommunale Verantwortliche in migrations- und genderspezifischen Feldern;
- die Ausarbeitung einer integrativen kommunalen **Sozialarbeit** und deren Ausstattung mit Fachpersonal;
- die Schaffung, den Ausbau und die Förderung von **gebührenfreien Freizeitaktivitäten, Kulturangeboten und multikulturellen Treffpunkten**;
- die Schaffung eines regelmässigen **Integrationsrundtisches**, an dem MigrantInnen, EinwohnerInnen, Aktive und Verantwortungsträger bestehende Angebote auf ihren integrativen Charakter überprüfen und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten;
- das Anbieten von **Sprachkursen** und Fortbildungsmaßnahmen, welche die unterschiedlichen Sprachkenntnisse der EinwohnerInnen berücksichtigen;